

Fragen an die Agrar-Sprecher der Deutschen Parteien

Pflanzenschutz/Düngeverordnung in der Landwirtschaft

- *Wie und wann werden die Produktionsbedingungen in Bezug auf Düngung und Pflanzenschutz angeglichen?*
- *Wie soll die Landwirtschaft bei einem generellen Glyphosat-Verbot weiterbetrieben werden?*

Antwort durch die CDU:

Bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln tritt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für ein fakten- und wissenschaftsbasiertes Verfahren ein. Dies gilt selbstverständlich auch für den Wirkstoff Glyphosat. Zudem ist die maßvolle Anwendung von Pflanzenschutzmittel entscheidend. Pflanzenschutzmittel sind so sparsam wie möglich anzuwenden und so auszubringen, dass sie für Mensch und Natur möglichst unbedenklich sind. Für ein Verbot von Glyphosat gibt es auf Grundlage der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse keinen sachlichen Grund. Die Unionsfraktion befürwortet deshalb eine Verlängerung der Zulassung des Wirkstoffs Glyphosat im Rahmen der jetzt schon geltenden strengen Anwendungsbedingungen. Damit neue umweltfreundliche Pflanzenschutzmittel zügiger zugelassen werden, wollen wir die Verfahren europäisch wie national effizienter gestalten. Die derzeitige Aufteilung auf verschiedene Behörden hat sich nicht bewährt. Wir wollen die Strukturen deshalb stärker bündeln. Zudem müssen im Zuge der europäischen Harmonisierung, Verfahrensgrundsätze und Definitionen weiter vereinheitlicht werden. Mit der Änderung des Düngegesetzes und der Düngeverordnung wurden die Vorgaben zur Düngung in Deutschland weiterentwickelt und verschärft. Ziel ist es, mögliche negative Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren.

Antwort durch die CSU:

Die Bewertung durch die Wissenschaft ist bei Anwendung im Rahmen der guten fachlichen Praxis weiter positiv. Für ein Verbot von Glyphosat gibt es auf Grundlage der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse daher keinen sachlichen Grund. Damit neue umweltfreundliche Pflanzenschutzmittel zügiger zugelassen werden, wollen wir die Verfahren europäisch wie national effizienter gestalten. Die derzeitige Aufteilung auf verschiedene Behörden hat sich nicht bewährt. Wir wollen die Strukturen deshalb stärker bündeln. Zudem müssen im Zuge der europäischen Harmonisierung, Verfahrensgrundsätze und Definitionen weiter vereinheitlicht werden.

Die Züchtung widerstandsfähiger und ertragreicher Sorten ist mit Blick auf die wachsende Weltbevölkerung und den Klimawandel enorm wichtig. Neue Methoden, wie CRISP/Cas, können die Züchtung zielgenauer, schneller und günstiger machen. Unsere Landwirte und Züchter sollen davon profitieren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass rasch auf wissenschaftlicher Grundlage geklärt wird, ob sie unter das Gentechnikrecht fallen oder nicht. Es kommt unter anderem darauf an, ob die

genetische Veränderung auch durch herkömmliche Züchtungsmethoden oder natürliche Prozesse hätte erzeugt werden können.

Mit der Änderung des Düngegesetzes und der Düngeverordnung werden die Vorgaben zur Düngung in Deutschland weiterentwickelt und verschärft, um mögliche negative Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren. Der Stoffstrombilanz steht die CSU aufgrund der steigenden Dokumentationspflichten nach wie vor sehr kritisch gegenüber. Es darf damit keine Verschärfung der gerade beschlossenen Düngeverordnung geben und die Umsetzung muss für die Landwirte so einfach wie möglich gestaltet werden.

Antwort durch die FDP:

Die Landwirtschaft unterliegt in vielen Bereichen dem EU-Recht. Wir wollen die 1:1-Umsetzung der Brüsseler Vorschriften, damit keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Düngung muss bedarfsgerecht erfolgen, Überdüngung vermieden werden. Die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln muss wissenschaftlichen Kriterien genügen. Glyphosat gehört zu den am besten erforschten Herbiziden und hat bei Befolgung der Regeln der guten fachlichen Praxis z. B. bei der pfluglosen Bodenbearbeitung eine wichtige Funktion in der Landwirtschaft. Die FDP setzt sich für die Wiederzulassung ein.

Antwort durch die SPD:

Solange es keine europaweit einheitlichen Regelungen gibt, werden wir nie zu einer vollständigen Angleichung kommen. Einige Länder werden strengere Auflagen haben als Deutschland, andere werden sich nur an die EU-Mindestvorgaben halten.

Mit dem neuen Düngegesetz und der neuen Düngeverordnung sollen die Vorgaben der Nitrat-Richtlinie eingehalten werden. Um auch die Wasserrahmen-Richtlinie, die NEC-Richtlinie und die Meeresschutzgebiets-Richtlinie einhalten zu können, wird Deutschland unabhängig von den regierenden Parteien weitere Verschärfungen bei der Phosphordüngung und den Emissionen von Ammoniak einführen müssen.

Antwort durch Die Linke:

Wir haben keine Beantwortung der Frage von der Partei erhalten.

Antwort durch die AfD:

Wir haben keine Beantwortung der Frage von der Partei erhalten.

Antwort durch Bündnis 90/Die Grünen:

Wir haben keine Beantwortung der Frage von der Partei erhalten.

AgriDirect
Specialist in Agrimarketing